

Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt  
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Studierendenrätekonferenz Sachsen - Anhalt

**Die Linke Landesverband  
Sachsen-Anhalt**

Landesgeschäftsführer

Jan Röttschke  
Ebendorfer Straße 3  
39108 Magdeburg

Telefon: 0391 7 32 48-41  
Telefax: 0391 7 32 48-48  
lgf@dielinke-lsa.de  
[www.dielinke-lsa.de](http://www.dielinke-lsa.de)

Deutsche Bank AG

DE09 8107 0024 0118 825901  
DEUTDEDBMAG

Magdeburg, 26. Juni 2026

## **Antworten an die Studierendenrätekonferenz Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026**

Sehr geehrte Frau Knigge, sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Brief möchten wir Ihnen gerne Ihre Fragen beantworten:

### **1. Erhalt der verfassten Studierendenschaften und studentischer Selbstverwaltung**

Die verfassten Studierendenschaften bilden die demokratische Selbstverwaltung der Studierenden und übernehmen Aufgaben der Interessenvertretung, politischen Bildung sowie der sozialen, kulturellen und internationalen Zusammenarbeit. In Sachsen-Anhalt wurden zuletzt politische Vorhaben diskutiert, die die Auflösung dieser Strukturen und die Verlagerung ihrer Aufgaben auf Hochschulverwaltungen vorsehen. Die SRK sieht darin Risiken für Mitbestimmung, Eigenständigkeit und demokratische Beteiligung an Hochschulen.

**Frage:** Wie positioniert sich Ihre Partei zum dauerhaften Erhalt der verfassten Studierendenschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts?

**Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:**

Erhalt der bestehenden Rechtsform

Eigenständigkeit studentischer Vertretungen

Gesetzgeberischen Änderungsbedarf

*Die Linke ist dafür, den Artikel 65 des Landeshochschulgesetzes und damit die verfassten Studierendenschaften in der bestehenden Form zu erhalten. Statt diese zu beschränken, braucht es mehr studentische Mitbestimmung an den Hochschulen. Alle Studierendenschaften müssen die notwendigen Ressourcen und Informationen zur Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder zur Verfügung gestellt bekommen und sollen möglichst direkt in allen relevanten Entscheidungen involviert werden.*

**2. Demokratische Mitbestimmung an Hochschulen**

Studierende wirken in Senaten, Fachbereichsräten, Studierendenräten und weiteren Hochschulgremien an Entscheidungsprozessen mit. Gleichzeitig werden Veränderungen von Gremienstrukturen und Beteiligungsrechten immer wieder politisch diskutiert. Für die SRK stellt sich daher die Frage, welchen Stellenwert Hochschuldemokratie künftig im Land einnehmen soll.

**Frage:** Welche Rolle soll studentische Mitbestimmung an Hochschulen künftig in Sachsen-Anhalt spielen?

**Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:**

Beteiligungsrechte in Hochschulgremien

Förderung studentischen Engagements

Demokratische Beteiligungsformate

*Als Linke schlagen wir die Etablierung einer Viertelparität in den Gremien der Hochschulen vor. Wir wollen, dass Professor\*innen, wissenschaftliche und administrativ-technische Mitarbeiter\*innen sowie Studierende gleichberechtigt mitwirken können und nicht eine Statusgruppe die anderen Hochschulmitglieder überstimmen kann. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass es ein studentisches Prorektorat gibt, damit die Perspektiven der*

*größten Statusgruppe auch in der Hochschulleitung eingebracht werden können. Wir fördern Ehrenamt innerhalb und außerhalb der Hochschule. Studentische Vereinigungen müssen daher die Möglichkeit haben, sich zu treffen, Veranstaltungen zu organisieren und zum Diskurs auf dem Campus beizutragen. Wir setzen uns dafür ein, dass studentisches ehrenamtliches Engagement wertgeschätzt wird. Das gilt besonders für den Bezug von BAföG. Die Linke setzt sich für ein elternunabhängiges existenzsicherndes BAföG ein. Damit gibt es mehr Zeit für Engagement, statt jobben zu müssen.*

### **3. Soziale Lage und Studienfinanzierung**

Steigende Lebenshaltungskosten, höhere Mieten und zusätzliche Belastungen im Studienalltag verschärfen die finanzielle Situation vieler Studierender. Besonders betroffen sind Studierende ohne familiäre Unterstützung sowie internationale Studierende. Gleichzeitig fehlen häufig ausreichende Unterstützungsstrukturen und finanzielle Absicherungen.

**Frage:** Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die soziale und finanzielle Situation von Studierenden in Sachsen-Anhalt zu verbessern?

#### **Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:**

Landesprogramme und Zuschüsse

Unterstützung internationaler Studierender

Sozialfonds und Härtefallregelungen

*Die sehr schwierige soziale Lage vieler Studierender zeigt uns, dass es enormen Handlungsbedarf gibt. Sachsen-Anhalt muss sich auf Bundesebene für eine echte BAföG-Reform einsetzen. Das BAföG muss ein bedarfsgerechter und elternunabhängiger Vollzuschuss werden, der automatisch an die Inflation angepasst wird. Bei der Finanzierung der Studentenwerke liegt Sachsen-Anhalt unter dem Bundesschnitt. Hier werden wir Abhilfe schaffen und die Studentenwerke dabei finanziell besser ausstatten, damit diese ihr Beratungs- und Unterstützungsangebot ausbauen sowie günstige Mensa- und Mietpreise vorhalten können, um Studierende finanziell zu entlasten. Dazu gehört auch Hilfe in Notlagen, wie sie zum Beispiel durch das Freitischessen oder die Buchbeihilfen von den Studentenwerken zur Verfügung gestellt werden. Auch die Studierendenschaften leisten mit den Sozialdarlehen und anderer Unterstützung einen wichtigen Beitrag dazu, was wir unterstützen und erhalten wollen.*

#### 4. Studentischer Wohnraum

Die Versorgung mit studentischem Wohnraum bleibt in Sachsen-Anhalt deutlich hinter dem Bedarf zurück. Nach der Wohnraumstatistik 2025 stehen 49.987 Studierenden lediglich 4.654 Wohnheimplätze gegenüber. Dies entspricht einer Unterbringungsquote von 9,31 %. Viele Studierende sind daher auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen.

**Frage:** Wie möchte Ihre Partei bezahlbaren Wohnraum für Studierende in Sachsen-Anhalt ausbauen?

#### **Bitte beziehen Sie gegebenenfalls Stellung zu:**

Neubau und Sanierung von Wohnheimen

Finanzierung der Studierendenwerke

Kooperationen mit Kommunen

*Wir wollen die Studentenwerke dabei unterstützen, neue Wohnheimplätze zu schaffen. Das gilt insbesondere für Standorte, an denen es noch gar keine Wohnheime gibt. Die Studentenwerke müssen in der Lage sein, den Bestand an Wohnungen zu sanieren, um die Plätze zu sichern. Das muss vom Land finanziell unterstützt werden. Als ersten Schritt wollen wir dafür sorgen, dass das Programm "Junges Wohnen" für die Studentenwerke attraktiv wird und durchsetzen, dass das Finanzministerium die Möglichkeit nutzt, Landesliegenschaften zur Hälfte des Preises für Wohnheimbau abzugeben. Insgesamt setzen wir uns als Linke dafür ein, dass Wohnraum in öffentliche Hand kommt und Mietpreise effektiv gebremst werden. In den Uni-Städten Halle und Magdeburg wollen wir, dass die Landesregierung einen angespannten Wohnungsmarkt anerkennt und damit die Mietpreisbremse ermöglicht. Wir unterstützen Projekte von kommunalen Wohnungsunternehmen, Wohnraum explizit für die Bedürfnisse von Studierenden anzupassen. Das Projekt „block house City“ von der GWG in Halle hat hier einen Vorbildcharakter.*

#### 5. Mobilität und Semesterticket

Steigende Ticketpreise führen zu höheren Semesterbeiträgen und gefährden die finanzielle Belastbarkeit des deutschlandweiten Semestertickets.

Mobilität ist jedoch Voraussetzung für Studium, Praktika und studentische Erwerbstätigkeit.

**Frage:** Wie will Ihre Partei langfristig bezahlbare Mobilität für Studierende sichern?

**Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:**

Preisstabilität beim Semesterticket

Landeszuschüsse

Alternative Finanzierungsmodelle

Verhältnis zum Deutschlandticket

*Wir unterstützen die bestehenden Semestertickets, seien es Deutschlandtickets oder lokale Modelle, und setzen uns für Preisstabilität ein. Die ständige Verteuerung des Deutschlandtickets macht das aber schwierig und sorgt dafür, dass die ursprüngliche Absicht, kostengünstige Mobilität für alle zu ermöglichen, in weite Ferne rückt. Als Linke wollen wir, dass mittelfristig ein landesweites 9-Euro-Ticket für Studierende, Auszubildende, Schüler\*innen und weitere Gruppen eingeführt wird. Langfristig setzen wir uns für ein 0-Euro-Ticket im ÖPNV ein.*

## **6. Hochschulfinanzierung und Zukunft der Hochschulstandorte**

Die Diskussion um Grundfinanzierung, Drittmittelabhängigkeit und die Zukunft regionaler Hochschulstandorte prägt die Hochschulpolitik seit Jahren. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel stellen zusätzliche Herausforderungen dar.

**Frage:** Wie möchte Ihre Partei die Hochschulen in Sachsen-Anhalt langfristig absichern?

**Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:**

Grundfinanzierung

Drittmittelabhängigkeit

Regionale Hochschulstandorte

## Hochschulentwicklungsplanung

*Wir wollen, dass sich Hochschulen auf eine solide Grundfinanzierung verlassen können. Diese wollen wir auf ein bedarfsgerechtes Niveau anheben und damit die Unabhängigkeit der Wissenschaft stärken. Es ist gut, dass sich die Hochschulen Sachsen-Anhalts erfolgreich an Wettbewerben wie der Exzellenzinitiative beteiligen und Drittmittel einwerben, es darf aber keine Abhängigkeit von externen Geldgeber\*innen geben. Das reduziert auch Bürokratie und sorgt dafür, dass Wissenschaftler\*innen nicht nur Projektanträge ausfüllen müssen, sondern Zeit für Forschung und Lehre haben. Als Linke bekennen wir uns zu allen Hochschulstandorten und lehnen Kürzungen und Schließungen ab. Die aktuell gültige Hochschulstrukturplanung von 2014 muss daher überarbeitet und durch eine neue Planung ersetzt werden, die die breite Aufstellung unserer Hochschulen berücksichtigt und den Erhalt der Fächervielfalt und aller Standorte festschreibt. Damit werden Sachsen-Anhalts Hochschulen attraktiver für Studierende und Wissenschaftler\*innen, denen wir verlässliche Karrierewege eröffnen werden (z.B. durch den Ausbau von „Tenure Tracks“ und „Tandem-Professuren“).*

### **7. Arbeitsbedingungen und studentischer Tarifvertrag**

Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, kurze Befristungen und fehlende Dauerstellen prägen weiterhin viele Arbeitsbereiche an Hochschulen. Dies betrifft sowohl wissenschaftliche Mitarbeitende als auch studentische Beschäftigte. Gleichzeitig wird seit Jahren über bessere Arbeitsbedingungen und tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte diskutiert.

**Frage:** Welche Maßnahmen unterstützt Ihre Partei zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt, insbesondere für wissenschaftliche Mitarbeitende und studentische Beschäftigte? Setzt sich Ihre Partei auf Landesebene und innerhalb der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte ein?

#### **Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:**

Dauerstellenprogramme

Umgang mit Befristungen

Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter

Studentischer Tarifvertrag (TVStud)

Fachkräftebindung

*Als Linke fordern wir schon immer, dass Daueraufgaben durch Dauerstellen abgedeckt werden müssen. Denn auch der wissenschaftliche Mittelbau kann Karriereziel sein. Studentische Hilfskräfte (SHK) leiden unter unsicheren Arbeitsverträgen, die oft nur wenige Monate Laufzeit beinhalten. Das schafft Abhängigkeiten und sorgt für schlechte Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass die Hochschulen mit einer gestärkten Grundfinanzierung Stellen für dauerhafte Aufgaben entfristen. Für SHK fordern wir die verbindliche Festsetzung von Mindestbedingungen und einen Tarifvertrag. Bei Projektstellen müssen die Vertragslaufzeiten an die Projektlaufzeiten gekoppelt werden, Mitarbeiter\*innen müssen die Möglichkeit haben, bei einer Verlängerung weiterbeschäftigt zu werden und es braucht einen Überbrückungsfonds, um nach einem Projekt bzw. zwischen zwei Projekten abgesichert zu sein. Damit wird Sachsen-Anhalt nicht nur gerechter, sondern auch attraktiver für Fachkräfte. Um die Situation bundesweit zu verbessern, muss sich Sachsen-Anhalt für eine Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) einsetzen.*

## **8. Studierendenwerke, Infrastruktur und Digitalisierung**

Mensen, Beratungsangebote, Lernräume und digitale Infrastruktur sind wesentliche Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium. Gleichzeitig bestehen Investitionsbedarfe bei Gebäuden, Aufenthaltsflächen und der technischen Ausstattung.

**Frage:** Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung der sozialen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen des Studiums?

### **Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:**

Finanzierung der Studierendenwerke

Psychosoziale Beratungsangebote

Sanierungen und Neubauten

Lernräume und Aufenthaltsflächen

Digitale Ausstattung

Software- und Lizenzangebote

## Barrierefreiheit und digitale Barrierefreiheit

*Die Hochschulen und Studentenwerke haben große Bedarfe nach Sanierung, Neubau und barrierefreiem Umbau ihrer Gebäude. Der immer noch bestehende Sanierungsrückstand muss überwunden werden. Dabei muss auch die Barrierefreiheit der Gebäude verbessert werden. Das Land muss dafür sorgen, dass die Vorhaben aus dem Perspektivprogramm Hochschulbau 2020 konsequent umgesetzt werden. Um der modernen Hochschule gerecht zu werden, müssen wir andere Raumfaktoren zugrunde legen. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass viele Bestandsgebäude älter sind und damit auch die Nebenflächen viel größer sind. Wir wollen keinen idealen Raumstandard, sondern müssen die Raumbedarfe modern denken, damit auch die sozialen Bedürfnisse der Studierenden und Mitarbeiter\*innen berücksichtigt werden. Das heißt, dass auch Räume zum Lernen und zum Aufenthalt und in studentischer Selbstverwaltung berücksichtigt werden müssen. Wir fördern auch die Digitalisierung des Studiums, die aber nicht auf Kosten der Studierenden und der digitalen Unabhängigkeit stattfinden darf. Es braucht die kostenlose Bereitstellung von Lernmaterialien, also auch Soft- und Hardware. Die Barrierefreiheit muss auch digital ermöglicht werden. Niemand darf durch die Digitalisierung benachteiligt werden. Wir setzen auf Open Source und Open Access, um digitale Souveränität zu erreichen.*

### **9. Antidiskriminierung und Demokratieschutz**

Hochschulen sind Orte wissenschaftlicher Freiheit, demokratischer Beteiligung und gesellschaftlicher Vielfalt. Zugleich nehmen Berichte über Diskriminierung, antisemitische und rassistische Vorfälle sowie Angriffe auf demokratische Strukturen zu. Die Sicherung eines diskriminierungsfreien und demokratischen Hochschulumfeldes stellt daher eine zentrale Herausforderung dar.

**Frage:** Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um demokratische Kultur und den Schutz vor menschenfeindlichen und demokratiegefährdenden Einflussnahmen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt zu stärken?

**Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:**

Demokratische Beteiligung und politische Bildung

Schutz betroffener Studierender

Antidiskriminierungsstrukturen

Unterstützung studentischer Initiativen

Umgang mit Angriffen auf die studentische Selbstverwaltung

*Der beste Schutz gegen menschenfeindliche Angriffe ist eine starke universitäre und studentische Selbstverwaltung. Studentische Initiativen setzen sich seit Jahrzehnten für ein weltoffenes, demokratisches und solidarisches Sachsen-Anhalt ein. Auch aufgrund solchen Engagements gibt es an den Hochschulen Beratungsstellen und Aufklärung gegen Diskriminierung jeder Art. Das gilt es auszubauen – auch durch Landesprogramme zur Förderung von Gleichstellung und durch politische Unterstützung der handelnden Akteur\*innen. Dazu gehört auch, dass wir ein breites Angebot von politischer Bildung erhalten und die demokratische Debatte fördern wollen. Damit Hochschulen auch unter Druck stabil bleiben können, braucht es eine sichere und verlässliche Grundfinanzierung. An den Hochschulen setzen wir uns für die Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten ein. Die Inklusionsbeauftragten sollen ebenfalls Stimmrecht in den universitären Gremien erhalten. Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen müssen verlässlich entsprechende Nachteilsausgleiche erhalten können.*

Mit freundlichen Grüßen



Jan Röttschke  
Landesgeschäftsführer